

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer

am

3. März 2021

zum Thema

„Bilanz - Häusliche Gewalt & Covid-19 Pandemie“

Weitere Gesprächsteilnehmer:

- Mag.^a Eva Schuh, Geschäftsführerin Gewaltschutzzentrum OÖ
- Mag. Erwin Fuchs, Landespolizeidirektor-Stellvertreter OÖ

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Das Sozialressort stellt 4,5 Mio. Euro für Gewaltschutz bereit

Laut Schätzungen der UNO und WHO steigen weltweit gewaltsame Übergriffe gegen Frauen und Mädchen stark an. Etwa jede vierte Frau in Europa wird laut Statistik mindestens einmal ihres Lebens Opfer körperlicher und/oder sexueller Gewalt. Zwei von drei Übergriffen passieren in der Familie oder im engsten sozialen Umfeld. Auch in Oberösterreich sind die Zahlen konstant hoch. Die Coronakrise hat zu einer zusätzlichen Verschärfung geführt: im **Jahr 2020** wurde die Polizei in Oberösterreich zu fast **1.600 Einsätzen wegen häuslicher Gewalt** gerufen, in der Folge wurden mehr als **2.000 Betretungs- und Annäherungsverbote** ausgesprochen, (seit 2020 wird ein Betretungsverbot pro gefährdete Person ausgesprochen).

Die Zahl der Morde an Frauen in Österreich ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen – von 2014 bis 2018 haben sie sich verdoppelt. Im Jahr **2020** gab es laut Medienberichten **24 Morde an Frauen**, mit bereits vier Tötungsdelikten durch den Partner – eines davon in Oberösterreich - setzt sich diese blutige Serie auch 2021 fort.

„Jene Fälle über die in den Medien berichtet wird, sind leider nur die Spitze des Eisbergs. Wie hoch die Zahlen tatsächlich sind, weiß niemand genau. Gewaltsame Übergriffe finden meist in den eigenen vier Wänden statt. Dort wo für Frauen und Kinder eigentlich der sicherste Ort sein sollte. Häusliche Gewalt bleibt daher oft lange Zeit von Außenstehenden unbemerkt und wird erst sichtbar, wenn die Situation völlig eskaliert. Wir müssen daher alles daran setzen, dass es gar nicht so weit kommt. Als zuständige Landesrätin werde ich die Gewaltschutzangebote in Oberösterreich daher weiter ausbauen.“, sagt Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer.

Ausbau und Modernisierung der Frauenhausplätze

Das Sozialressort des Landes finanziert derzeit **fünf Frauenhäuser** in Oberösterreich - in Linz, Wels, Steyr, Ried im Innkreis und Vöcklabruck. Dazu kommen **sechs Übergangswohnangebote** für Frauen, die nicht akut von Gewalt betroffen sind, aber aus einer belastenden häuslichen Beziehung flüchten müssen.

Aufgrund der hohen Auslastung und der nicht mehr zeitgemäßen Wohnverhältnisse werden das **Frauenhaus in Ried** und das **Frauenhaus Steyr** 2021 an einem neuen Standort **durch einen Neubau ersetzt**. In **Braunau** ist für 2021 zudem der Spatenstich für ein **sechstes Frauenhaus**

geplant. Das Frauenhaus Braunau bietet künftig Wohnmöglichkeit und Schutz für sechs Frauen und deren Kinder, die Gewalt durch Angehörige ausgesetzt sind. Die geplanten Baukosten für das Haus in Braunau belaufen sich auf insgesamt 1,7 Mio. Euro, die erste Rate in Höhe von **500.000 Euro** wurde im Februar von der Landesregierung beschlossen. Eine Neubau-Investitionsförderung in Höhe **1 Mio. Euro** hat das Frauenhaus Ried erhalten.

Der Ausbau wird auch nach 2021 weitergehen. Das Mühlviertel und Innere Salzkammergut sollen ebenfalls ein modernes Frauenhaus bekommen. Derzeit läuft die Suche nach einem geeigneten Grundstück im Unteren Mühlviertel, bei Erfolg könnte ein Baustart dort bereits 2022 erfolgen.

Das Sozialressort des Landes OÖ fördert weiters das **Autonome Frauenzentrum** sowie **sieben Frauenberatungsstellen**, die kostenlose Gewaltschutzberatungen anbieten. Da es neben dem Opferschutz auch ein geeignetes Angebot für Täterinnen bzw. Täter braucht, wird seit dem vergangenen Jahr ein entsprechendes Angebot für sogenannte „Täterarbeit“ gefördert. Das **Beratungszentrum BEZIEHUNGLEBEN.AT** der Diözese Linz unterstützt dabei in den Beratungsstellen Bad Ischl, Braunau, Freistadt, Gallneukirchen, Gmunden, Kirchdorf, Linz, Linz-Urfahr, Perg, Rohrbach Steyr, Vöcklabruck und Wels.

Sehr oft schaffen es die Opfer nicht, sich aus einer Gewaltbeziehung zu lösen bzw. kehren immer wieder in eine solche zurück. Dazu kommt, dass gewalttätige Männer häufig Wiederholungstäter sind. Die Arbeit mit ihnen kann weitere Gewalt und damit neue Opfer verhindern“, so Birgit Gerstorfer.

Für das Jahr 2021 sind im Budget des Sozialressorts rund **2,9 Millionen Euro für den Betrieb und Erhalt dieser Einrichtungen und Angebote** vorgesehen.

Angebot des Gewaltschutzzentrums OÖ

Seit 2017 ist das Sozial-Ressort auch für das Gewaltschutzzentrum zuständig, das mit regionalen Außenstellen und Sprechstunden in den Bezirken ein flächendeckendes Angebot der Beratung und Unterstützung bei Gewalt, Stalking und Prozessbegleitung in Strafverfahren bietet.

Das Gewaltschutzzentrum OÖ berät und unterstützt Menschen, die in der Familie oder im sozialen Umfeld von Gewalt betroffen sind, sowie Stalking-Opfer. Es bietet Hilfestellung zur Erhöhung der Sicherheit, informiert bei Betretungs- und Annäherungsverboten, einstweiligen

Verfügungen und bietet Prozessbegleitung in Straf- und Zivilverfahren an. Weitere Aufgaben sind Gewaltprävention im Rahmen von Schulungen, Kooperations- und Vernetzungsarbeit.

Bilanz 2020 und die Auswirkungen der Pandemie

Im Jahr 2020 betreute das Gewaltschutzzentrum OÖ 2.840 Klient/innen, das bedeutet einen Zuwachs von 8%. Im Gegensatz dazu sind die polizeilichen Einsätze, die zu einem Betretungs- und Annäherungsverboten führten, um 19% gestiegen. Eine mögliche Ursache für diese Steigerung kann sein, dass unter normalen Umständen viele Betroffene von Gewalt eher zu Familienangehörigen oder Freunden flüchten und nicht die Polizei rufen, was während der Pandemie in den meisten Fällen aber ausgeschlossen ist.

Leider musste auch festgestellt werden, dass die **Gewalt von Eltern gegen Kinder** zugenommen hat. Um mit Jugendlichen „Häusliche Gewalt“ zu thematisieren wurde nun das **Präventionsprojekt „Hinter der Fassade“** in Kooperation mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft virtuell und mit neuen Inhalten gestaltet. Es bietet Information und Hilfe für junge Menschen ab 14 Jahren. Gleichzeitig wird PädagogInnen ein Werkzeug in die Hand geben, mit dem sie das Thema „Häusliche Gewalt“ im Unterricht gut bearbeiten können. Ein Schwerpunkt des Projekts ist es, Jugendliche zu stärken, indem sie ihre eigenen Ressourcen und Grenzen wahrnehmen und über Kinderrechte sowie Hilfsangebote informiert werden.

Das **Projekt PERSPEKTIVE:ARBEIT**, bei dem von gewaltbetroffene Frauen beim (Wieder-)Einstieg bzw. beim Arbeitsplatzverlust unterstützt werden, war im letzten Jahr extrem gefordert. Eine niederschwellige, bedarfsorientierte, flexible und nachgehende Beratung ermöglichte es dennoch, die Frauen zielführend durch das Corona-Jahr begleiten zu können.

Herausforderungen und Forderungen im Bereich des Gewaltschutzes

- Das Gewaltschutzzentrum OÖ hat in den vergangenen zehn Jahren einen massiven Anstieg von schwerer Gewalt wahrgenommen. Die Herausforderung in der Gewaltschutzarbeit besteht darin, eine entsprechende **Gefährdungseinschätzung** für immer heftiger werdende Gewaltvorfälle und steigenden Hochrisikofälle, bei denen die Gefahr eines Tötungsdelikts bzw. einer ganz schweren Gewalttat besteht, zu treffen und mit den Opfern einen **individuellen Sicherheitsplan** zu entwickeln.

- Seit 2020 werden den Gewaltschutzzentren und der Interventionsstelle Wien keine **Stalkinganzeigen** mehr übermittelt. Dadurch ist es für Betroffenen schwieriger geworden, den Weg in die Beratung zu finden oder sich Unterstützung zu holen. Es wird dringend eine **Gesetzesänderung** benötigt, damit die Anzeigen direkt übermittelt werden und das Gewaltschutzzentrum OÖ wieder proaktiv Kontakt zu den Opfern aufnehmen kann. Nach wie vor besteht die Forderung nach mehr gerichtlichen Weisungen zu Antigewalttrainings. Denn in vielen Fällen stellt das Gewaltschutzzentrum OÖ fest, dass gewalttätige Personen nach einer Trennung auch in neuen Beziehungen gegenüber ihren Partner/innen gewalttätig werden und neuerlich Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen werden.
- Weiters bedarf es **mehr Sensibilität** hinsichtlich **psychischer Gewalt**, die auch zu Körperverletzungen führen kann und deren Folgen oft sehr langwierig für Betroffene sind.

Entwicklungen aus Sicht der Polizei OÖ

Das sogenannte **Gewaltschutzgesetz** wurde erstmals 1997 in das österreichische Recht implementiert. Österreich hat damit eine internationale Vorreiterrolle zum Schutz vor Gewalt in der Familie eingenommen. Seither gab es eine Vielzahl an Novellen und die letzte ist mit 1.1.2020 in Kraft getreten.

Damit kann jetzt gegenüber einem Gefährder ein **Betretungsverbot** gegenüber einer **Wohnung**, in der ein/e Gefährdete/r wohnt **inklusive des Umkreises von 100 Meter** verhängt werden. Voraussetzung ist, dass er/sie einen gefährlichen Angriff auf Leben, Gesundheit oder Freiheit begangen hat oder anzunehmen ist, dass er/sie einen solchen begehen werde. Gleichzeitig wird ein sogenanntes **Annäherungsverbot** erlassen wonach sich ein Gefährder seinem Opfer in einem Umkreis von 100 Meter nicht annähern darf. Somit ist die frühere Problematik, wonach der Schutzbereich nur für die Wohnung und bestimmte sonstige Örtlichkeiten gegeben war, beseitigt worden.

Betretungs- und Annäherungsverbote werden **innerhalb von drei Tagen behördlich überprüft** und innerhalb dieser Frist ist die Einhaltung des Betretungsverbotes zumindest einmal vor Ort zu überprüfen. Das Betretungs- und Annäherungsverbot gilt grundsätzlich zwei Wochen, bei Einbringung eines Antrages auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung vier Wochen.

Wer sich an ein Betretungs- und Annäherungsverbot nicht hält begeht eine **Verwaltungsübertretung** und kann mit einer **Geldstrafe bis zu 2.500 Euro**, im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe bis zu 5.000 Euro bestraft werden.

„Grundsätzlich haben wir in den vergangenen Jahren sehr gute Erfahrungen mit dem Gewaltschutzgesetz gemacht, zumal es einen guten Schutz für die Opfer und eine hohe Akzeptanz bei den Tätern bewirkt. Ausnahmen davon gibt es leider immer wieder“, sagt Landespolizeidirektor-Stellvertreter Erwin Fuchs. *„Deshalb wird auch an einen vermehrten Einsatz der sogenannten sicherheitspolizeilichen Fallkonferenzen gearbeitet.“*

Ein weiterer Meilenstein wird die Errichtung eines sogenannten Gewaltschutzzentrums zur Vereinbarung einer Gewaltpräventionsberatung. Bei dieser hat sich der Gefährder binnen fünf Tagen ab Anordnung des Betretungs- und Annäherungsverbotes zu wenden. Diese Gewaltschutzzentren sollen mit 1. September 2021 implementiert werden, nachdem der Bundesminister für Inneres bewährte geeignete Einrichtungen für opferschutzorientierte Täterarbeit vertraglich beauftragt hat. Die Beratung dient der Hinwirkung auf Abstandnahme von Gewaltanwendung im Umgang mit Menschen.

Im abgelaufenen Jahr wurden in Oberösterreich insgesamt **2.040 Betretungs- und Annäherungsverbote** ausgesprochen. Die meisten davon in der Stadt Linz und in den Bezirken Linz-Land und Braunau.

Zusätzliche Risikofaktoren aufgrund der Corona-Pandemie:

Bislang gibt es noch keine wissenschaftlich fundierten Studien in Österreich, aber erste Auswertungen und Befragungen zeigen, dass folgende Faktoren zu einem erhöhten Gewaltpotential in den Partnerschaften und Familien geführt haben:

- Häusliche Quarantäne und Kontaktbeschränkungen
- Akute finanzielle Sorgen
- Kurzarbeit bzw. Arbeitsplatzverlust des Partners oder der Partnerin
- Angst oder Depression des Partners oder der Partnerin

- Überlastung durch Homeschooling bzw. wegen fehlender Kinderbetreuung

„Auch wenn wir das Schlimmste dieser Pandemie hoffentlich bald überstanden haben, werden uns ihre massiven negativen Auswirkungen noch lange beschäftigen. Vor allem Frauen haben während der Krise unser System am Laufen gehalten, gleichzeitig stehen sie schon jetzt in vielen Bereichen als die großen Verliererinnen da. Zu wissen, dass sie zu all dem, das derzeit zu schultern ist, auch noch mehr Gewalt ausgesetzt sind, mehr Prügel einstecken müssen, ihnen mehr körperliche und psychische Gewalt angetan wird, macht mich sehr betroffen. Es muss jetzt für alle - nicht nur für mich als für Gewaltschutz zuständige Landesrätin - höchste politische Priorität haben, Frauen und Kinder in unserem Land zu schützen“, so Gerstorfer.